



---

## Haushalts- und Finanzausschuss

73. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1)</sup>

8. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Kapitalerhöhung bei der WestLB AG**

1

Bericht der Landesregierung

An einen Bericht von Finanzminister Jochen Dieckmann schließt sich eine Diskussion an.

**2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)**

4

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (Erste Ergänzung)

Zweiter Beratungsdurchgang aller Einzelpläne und Auswertung der Ergebnisse der Berichterstattergespräche

Angesichts der heute noch nicht vorliegenden Zweiten Ergänzung debattiert der Ausschuss über den nach Meinung der Oppositionsfraktionen zu kurzen Beratungszeitraum.

---

<sup>1)</sup> Vertraulicher Teil zu TOP 10 s. Vertr. APr 13/39

- 3 Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)** 8
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4528 (Neudruck)  
Ausschussprotokolle 13/1077 und 13/1081  
Auswertung der Expertengespräche
- Der Ausschuss berät die Ergebnisse der Anhörungen. Koalitions- und Oppositionsfraktionen kommen dabei im Hinblick auf die Notwendigkeit von Änderungen des Gesetzentwurfs zu unterschiedlichen Bewertungen.
- 4 Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze** 13
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4578  
Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
- Ohne Diskussion **beschließt** der Ausschuss, auf der Grundlage der von den Fraktionen vorgeschlagenen Sachverständigen und Fragen am 13. Februar 2004 eine **öffentliche Anhörung** gemäß § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung durchzuführen.
- 5 Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB NRW) sowie des Landesbetriebes Straßenbau NRW** 13
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4580  
Vorlage 13/2463
- Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP, dem **Gesetzentwurf zuzustimmen**.
- Berichterstatter: Günter Garbrecht (SPD)

- 6 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)** 13
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4586
- Auf Bitten der Fraktionen der CDU und der FDP wird die abschließende Beratung vertagt.
- 7 Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen** 14
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3014
- Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.
- 8 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf - Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen** 15
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4701
- Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird vereinbart, diesen Antrag demnächst zusammen mit der Änderungsverordnung zu § 5 des Schulfinanzgesetzes zu behandeln und zunächst das Beratungsergebnis des Unterausschusses "Personal" abzuwarten.
- 9 "Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und flexibilisieren" Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung wahren** 16
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4740
- Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Aussprache dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

**10 Landesbürgschaften im 2. Halbjahr 2001 und im Jahr 2002** 16, 18

Vorlagen 13/2431 und 13/2432

Nach kurzer Erörterung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, die Beratung in **vertraulicher Sitzung** fortzuführen (s. *Vertr. APr 13/39*).

**11 Bayerischer Gesetzentwurf zur Rennwett- und Lotteriesteuer** 17

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Finanzminister Jochen Dieckmann entgegen.

\*\*\*\*\*

Die CDU lehne das ab, was hier geschehen solle. Heute sei deutlich geworden, dass es mit Ressourcensteuerung nichts zu tun habe, sondern allein um die Finanzen gehe.

**Angela Freimuth (FDP)** findet es bemerkenswert, wie die Vertreter der Koalition eingeräumt hätten, dass das Gesetz ausschließlich finanzpolitisch motiviert sei. Es werde schlicht eine neue Steuer eingeführt, und sie könne es den Bürgerinnen und Bürgern und auch den Unternehmen nicht verdenken, wenn sie das Gefühl hätten, wieder einmal abgezockt zu werden. Dieses Vorhaben, das die Sachverständigen in der Anhörung unmissverständlich abgelehnt hätten - genauso unmissverständlich sei allerdings auch der Hilferuf der Regierung -, werde die Zustimmung der FDP-Fraktion nicht finden.

#### **4 Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4578

Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung

**Vorsitzender Volkmar Klein** führt aus, der Ausschuss habe sich in seiner Sitzung am 18. Dezember 2003 darauf verständigt, heute über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 13. Februar 2004 zu beschließen. Alle vier Fraktionen hätten Vorschläge für Sachverständige und teilweise auch für Fragen vorgelegt, die inzwischen verteilt worden seien. Die mitberatenden Ausschüsse für Städtebau und Wohnungswesen sowie für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie wollten sich nachrichtlich beteiligen.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig die Durchführung dieser öffentlichen Anhörung.

#### **5 Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB NRW) sowie des Landesbetriebes Straßenbau NRW**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4580

Vorlage 13/2463

**Vorsitzender Volkmar Klein** weist darauf hin, dass der Unterausschuss "Landesbetriebe und Sondervermögen" den Gesetzentwurf am 27. November 2003 beraten habe; das Ergebnis ergebe sich aus Vorlage 13/2463.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf ohne Diskussion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen zu und bestellt Günter Garbrecht (SPD) zum Berichterstatter.